

nicht nach oben gebracht haben; und je mehr sie [am politischen System, d.h. am falschen Objekt] herumfummelten, desto chaotischer wurde es." (Ebenda, S. 7)

Unterstützung erhielt Deng Xiaoping u.a. von Yang Shangkun, der erklärte: "Wenn man sagt, daß die kapitalistische Ideologie in gewissen Sonderzonen einen Markt hat, dann bedeutet dies, daß unsere frühere Politik der Abschottung nach außen falsch war, denn sie hat dazu geführt, daß das Volk gegenüber dem Sozialismus Zweifel hegt und schwankend ist. Deshalb sollten wir dafür eintreten, konkrete Arbeit zu leisten, d.h., nur wenn es uns gelingt, in relativ kurzer Zeit den Lebensstandard des Volkes zu erhöhen, werden wir das Volk in die Lage versetzen, die Vitalität der sozialistischen Gesellschaft selbst zu erfahren." (Ebenda)

Überraschenderweise sprachen sich auch die beiden Revolutionsveteranen Peng Zhen und Bo Yibo für die Ansicht von Deng Xiaoping aus: "Wenn es mit der Wirtschaft nicht gut geht, dann ist alles im argen. Dann hat die Partei kein Ansehen mehr, und mit der politischen Stabilität ist es dahin." (Ebenda)

Trotz dieser Abfuhr blieb Chen Yun offensichtlich bei seiner Meinung und berief vom 12. bis 13. November eine Sondersitzung der Zentralen Beraterkommission ein. In diesem Gremium fand Chen Yun eine Mehrheit für seine Ansichten, denn organisierten Revolutionsveteranen verabschiedeten eine Forderung an das Politbüro, daß sich die bevorstehende 8. Plenartagung des XIII. ZK mit der Frage der politischen Richtung der Reform- und Öffnungspolitik und der Stärkung der Führungsrolle der KPCh in den Wirtschaftssonderzonen beschäftigen solle. Ob und wie diese Fragen auf der ZK-Plenartagung diskutiert und beschlossen wurden, ist dem offiziellen Kommuniqué dieser Tagung nicht zu entnehmen (siehe RMRB, 30.11.91). -sch-

* (11)

Erfolge bei der Geburtenkontrolle in Sichuan

In Chinas bevölkerungsreichster Provinz wurden nach Angaben eines Sprechers von Sichuans Familienplanungsbehörde in den vergangenen fünf Jahren 12 Mio. Kinder weniger geboren

als zunächst erwartet worden war. Dadurch seien Ausgaben von insgesamt 100 Mrd. Yuan vermieden worden. Die natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung habe im Schnitt des letzten Jahres 12 pro tausend betragen und lag damit um 4,2 pro tausend unter dem Landesdurchschnitt. Der Anteil Sichuans an der Gesamtbevölkerung Chinas sei entsprechend von 9,93% auf 9,24% geschrumpft.

Als Grund für diesen Erfolg nannte der Sprecher, daß die Provinz schon 1987 entsprechende Durchführungsverordnungen erlassen habe, die die Geburtenkontrollkampagne auf eine legale Grundlage stellte. Zur Durchsetzung der Maßnahmen sei gleichzeitig ein ganzes Netz von zuständigen Stellen eingerichtet worden, vor allem in den ländlichen Gebieten. (RMRB, 17.11.1991) -hws-

Kultur

* (12)

60 Jahre Xinhua-Nachrichtenagentur

Das Jubiläum der zentralen Nachrichtenagentur "Neues China" bescherte ihr den Besuch etlicher Spitzen von Partei und Staat sowie viele mahnende Worte.

Noch vor dem eigentlichen Festtag erschien Parteichef Jiang Zemin in der Zentrale. Er wies den Journalisten in der heutigen "kritischen Periode der sozialistischen Modernisierung" die wichtige Aufgabe zu, den Volksmassen begreiflich zu machen, daß die Parteilinie ihre grundlegenden Interessen vertrete. Außerdem sollten sie sich ebenso sehr fest um die Hauptaufgabe der Wirtschaftsentwicklung zusammenscharen, unerschütterlich den Blick auf den Aufbau eines chinesischen Sozialismus richten, gleichzeitig aber auch auf Reformen und einer Öffnung des Landes gegenüber dem Ausland bestehen. Bei der Propaganda außerhalb Chinas müsse Xinhua mit einem "korrekten" Bild des sozialistischen China einen günstigen internationalen Kontext für die Modernisierung daheim schaffen. Von wahrheitsgetreuer Berichterstattung war bei Jiang nicht die Rede. "Tief in die Le-

benswirklichkeit der Massen einzutauchen," sei zwar "eine schöne Tradition" der Agentur, doch ist diese an andernorts üblichen Journalismus erinnernde Tätigkeit in Jiangs Darstellung nur wichtig im Hinblick auf die Aufgabe, "eine Brücke zu schlagen, die die Partei eng mit den Massen verbindet". Schließlich möchte die Partei wissen, was das Volk denkt. (Xinhua, chinesisch, 4.11.1991, nach SWB, 6.11.1991)

Li Ruihuan, Hauptredner am eigentlichen Festtag, rief die Journalisten auf, die Welt aus marxistischem Blickwinkel zu sehen, moderne Wissenschaft und Technologie zu studieren und eine größere Nähe zur Wirklichkeit, zum Leben und zu den Massen zu erreichen. Interessanterweise setzte er ein wenig andere Akzente als Jiang. Die Aufgaben der Propaganda und der Reportage wurden gleichmäßiger gewichtet, und mehrfach verwies er auf das Prinzip, wonach die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen sei. (Xinhua, chinesisch, 6.11.1991, nach SWB, 8.9.1991; chinesischer Wortlaut der Rede in RMRB, 7.11.1991)

Ähnlich wie Jiang Zemin äußerte sich auch Premierminister Li Peng bei einem Besuch in der Agentur zehn Tage später. Er betonte zudem, daß es angesichts der gewandelten internationalen Lage wesentlich sei, den Glauben an die Entwicklung eines chinesischen Sozialismus zu stärken, und daß man, um das Volk zu erziehen und auf den Weg des Sozialismus zu führen, erst selbst diesen Glauben erwerben müsse. So deutlich ist die Aufgabe der Nachrichtenagentur als ein Propagandamedium in Glaubensfragen wohl selten ausgesprochen worden. Davon, daß alle Mitarbeiter selbst noch an den Sozialismus glauben, war Li offenbar nicht überzeugt. (Xinhua, chinesisch, 15.11.1991, nach SWB, 18.11.1991)

Auch in den Provinzniederlassungen von Xinhua fanden Jubiläumsfeiern statt. Dabei forderte der Provinzpartisekretär von Henan, Hou Zongbin, die Agentur ausdrücklich zur Abwehr "feindlicher Kräfte aus dem In- und Ausland" sowie von "Übeltaten" und "Individualismus" auf. (Provinzradio Henan, 7.11.1991, nach SWB, 14.11.1991)

Es sind wahrlich große Aufgaben, die da von Xinhua erwartet werden. Ginge es nur um eine Vermittlung der Partei-

linie, wäre dies noch zu leisten. Wie aber soll sich die Agentur gegenüber dem Ausland öffnen und gleichzeitig feindliche Kräfte von ebendort abwehren? Wie soll sie die Wahrheit in den Tatsachen suchen, wenn gleichzeitig die Wahrheit von oben vorgeschrieben wird? Kein Wunder, daß da der Sozialismus zu einer Glaubenssache wird. Die Praxis jedenfalls scheint von den Idealen noch ein Stück entfernt zu sein. So wurde auf einer überregionalen Tagung von Presseorganen geklagt, in den Nachrichtenmedien gebe es "ideologische und moralische Probleme sowie unlautere Praktiken" (Xinhua, chinesisch, 5.11.1991, nach SWB, 7.11.1991).

Xinhua war am 7.11.1931 mit zwei Handvoll Leuten unter dem Namen "Rotchina-Nachrichtenagentur" gegründet worden. Heute beschäftigt Xinhua 7.000 Reporter und ist außerhalb Chinas in 99 Ländern mit Zweigstellen vertreten. Sie gilt als eine der sechs größten Agenturen der Erde und sendet Nachrichten in sechs Sprachen: chinesisch, englisch, französisch, spanisch, arabisch und russisch. (XNA, 6.11.1991) -hws-

*(13)

Verbreitung des Fernsehens

Das Fernsehen ist dem Ministerium für Hörfunk, Fernsehen und Film zufolge heute "die wichtigste Quelle für Information und Unterhaltung" im Lande. Es gibt zur Zeit 509 Fernsehstationen, die 79,4% der Bevölkerung erreichen, angeblich mehr als der Hörfunk mit seinen 235 Sendern (74,7%). Die meisten Fernsehsender finanzieren sich durch Werbeinnahmen. Im letzten Jahr betrug die Summe dieser Einnahmen 561 Mio. Yuan. Damit konnten die Fernsehstationen 22% aller kommerziellen Werbung für sich verbuchen. (Tianjin Radio, 6.11.1991, nach SWB, 9.11.1991, sowie CD, 17.11.1991)

Die Verbreitung des Fernsehens auch in abgelegenen Gebieten vollzieht sich heute zunehmend durch die Installationen von Satellitenempfangsschüsseln. Über deren Zahl existieren widersprüchliche Angaben. Xinhua nannte in zwei verschiedenen Meldungen an demselben Tag einmal 19.500, das andere Mal aber 30.000. Falls die erstgenannte Zahl noch aktuell ist, würde die

gebirgige südwestchinesischen Provinz Yunnan mit 5.000 solcher Antennen einen weit überproportionalen Anteil für sich verbuchen. Man darf daher wohl eher die höhere Zahl als gültig ansehen. Allein im laufenden Jahr sollen in Yunnan 1.500 Empfangsschüsseln aufgestellt worden sein. Der derzeitige Versorgungsgrad in den Bergregionen liegt bei 70 Prozent der dortigen Bevölkerung, also nur noch wenig unter dem Durchschnitt für ganz China. Bis 1995 sollen auch die letzten der 8.000 Dörfer Yunnans eine Satellitenempfangsanlage besitzen.

Über Satellit zu empfangen sind das erste und zweite Programm des Zentralen Chinesischen Fernsehens sowie über 30 fremdsprachliche Programme der Central People's Broadcasting Station. Außerdem verbreitet das Zentrale Fernsehen zwei Schulfernsehprogramme über Satellit. (XNA, 27.11.1991) -hws-

*(14)

Bildung auf dem Land: vom Analphabeten zum Agrartechniker

Zum Stand der Aus- und Fortbildung von Bauern sowie von höheren agronomischen Bildungsinstitutionen wurden im November etliche Zahlen vorgelegt. Außerdem wurde eine Verordnung über Berufstitel von ausgebildeten Landwirten verabschiedet.

Im Fünfjahreszeitraum 1986-1990 nahmen 170 Mio. Bauern an Ausbildungsprogrammen teil, in denen sie landwirtschaftliche Produktionstechniken und zum Teil überhaupt erst Lesen und Schreiben lernten. Die meisten davon, nämlich 110 Mio., schlossen bereits einen Ausbildungsgang ab. Auf Kreis-, Stadt- und Dorfebene gab es 1990 zusammen knapp 289.000 Schulen für diese Art von Erwachsenenbildung auf dem Lande. Besucht werden sie von 33,35 Mio. Schülern. Hinzu kommen 660.000 ländliche Unterrichtszentren. Diese Angaben, die offenbar von der Zentralen Erziehungskommission stammen, wurden auf einer Konferenz über die Alphabetisierung auf dem Lande bekannt. Nach Angaben des Vizeministers Zou Shiyan sollen im laufenden Fünfjahresplan weitere 20 Mio. junge bäuerliche Analphabeten an den Kursen teilnehmen. Das Ziel sei, Kultur- und Technikerschulen in 95% aller Gemeinden und in 80% aller Dörfer einzurichten. (XNA, 17.11.1991)

Der Stellvertretende Minister für Landwirtschaft, Hong Fuzeng, machte Ende November ebenfalls Angaben zu anderen landwirtschaftlichen Bildungsinstitutionen, bei denen es sich jedoch um einen anderen Typus als die vorgenannten zu handeln scheint. Demnach habe es Ende 1990 auf der Ebene von Städten und Gemeinden 220.000 Organisationen zur Förderung von Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei gegeben. Diese Institutionen beschäftigten 1,17 Mio. Lehrer, darunter 370.000 Agrartechniker. Weitere 3 Mio. Agrartechniker seien auf Dorfebene tätig. (Xinhua, chinesisch, 21.11.1991, nach SWB, 25.11.1991)

Oberhalb der genannten Schulen, die sich vor allem der Vermittlung von Basiswissen dienen, existieren heute landesweit 375 Agrartechnische Sekundarschulen sowie 66 Landwirtschaftliche Hochschulen. Die Zahl der Schüler und Studenten in diesen Einrichtungen liegt derzeit bei 300.000. Hinzu kommen 55.000 Agrartechnikschulen. Die größte Institution zur landwirtschaftlich-technischen Fortbildung ist die Zentrale Fernseh- und Rundfunk-Landwirtschaftsschule in Peking, die in Fernkursen jährlich 200.000 Bauern ausbildet. (XNA, 25. und 29.11.1991)

Um die verschiedenen Ausbildungsstufen der Landwirte und bislang schon vergebene Titel zu systematisieren, wurde vom Landwirtschaftsministerium jüngst eine "Übergangsvorschrift für die Vergabe von Berufstiteln und Förderung von Agrotechnikern" erlassen. Sie sieht vier Rangstufen vor vom einfachen Agrotechniker bis zum Leitenden Agronomen. Alle Bauern die bestimmte Voraussetzung hinsichtlich Ausbildung und Ackerbau erfahrung mitbringen, können sich um einen Titel bewerben. Werden sie dann als Berater oder Lehrer eingesetzt, so erhalten sie ihrem Rang entsprechende Vergütungen; außerdem soll ihnen das beste Saatgut, technische Ausrüstung und Kredite gewährt werden. Das Ministerium verspricht sich davon offenbar eine stärkere Motivierung der Bauern, sich zu Agrartechnikern weiterzubilden. Auf einer Pressekonferenz im Agrarministerium am 21.11. wurde angegeben, daß 800.000 Agrartechniker bereits Berufstitel erhalten haben oder gemäß der neuen Verordnung befördert wurden. Da die Agrartechniker verantwortlich für die Verbreitung moderner Anbaumethoden sind, ge-

nügt landwirtschaftliche Erfahrung, wie sie ältere Bauern mitbringen, nicht zum Titelerwerb. Auf jeden Fall muß ein bestimmtes Bildungsniveau dazukommen. (Xinhua, chinesisch, 21.11.1991, nach SWB, 25.11.1991, sowie XNA, 26.11.1991, nach SWB, 29.11.1991) -hws-

* (15)

Nicht registrierte Ehen und frühe Heiraten

Ein Leserbrief an die *Volkszeitung* machte auf erstaunliche Mißstände und illegale Praktiken bei der amtlichen Schließung und Registrierung von Ehen aufmerksam. Dadurch kam es unter anderem zu falschen Statistiken über das Heiratsalter.

So habe eine Provinz - welche, wurde nicht genannt - das im jeweiligen Amtsbereich erzielte durchschnittliche Heiratsalter zum Kriterium für die Leistungsbewertung der Führungsgremien gemacht. Diese verlangen den untergeordneten Stellen entsprechende Verpflichtungserklärungen ab mit der Folge, daß früh geschlossene Ehen einfach eine Zeitlang unregistriert bleiben. 40% der als "spät geheiratet" eingestuft hätten schon längst zusammen gewohnt und eine unregistrierte Ehe führt. Im Jahr 1990 seien allein in einem Kreis jener Provinz 1499 derartige Fälle illegaler Ehen vorgekommen, eine Zunahme gegenüber 1989 um 55%.

Verantwortlich dafür seien institutionelle Mängel. In 90% aller Provinzen, Regionen und Kreise gebe es keine Ämter, die die Registrierung von Ehen kontrollierten, und die Registrierung würde nicht von speziellen Standesbeamten vorgenommen, sondern nur von anderen Beamten nebenher versehen. Auch seien Registrierungen mancherorts nur zweimal im Monat, an anderen Orten nur einmal im Monat oder sogar nur einmal pro Halbjahr möglich.

Ein weiterer Mißstand seien die zahllosen Gebühren, die Heiratenden abverlangt würden und sich pro Paar auf 400 bis mehr als 1.000 Yuan summierten. Mancherorts kämen noch Gebühren für unsinnig umfängliche Gesundheitsuntersuchungen hinzu, die noch einmal 30 bis über 100 Yuan ausmachen können. Wer alle diese Gebühren

vermeiden wolle oder sie nicht aufbringen könne, schließe daher eine "Untergrundehe".

Als letzter Punkt wurde beklagt, daß sich viele führende lokale Kader nicht um das Gesetz scherten. So habe ein Funktionär in Hebei oftmals "grünes Licht" für Ehen gegeben, bei denen das Mindestalter noch nicht erreicht war. Auf diese Weise sei dort eine Rate von 12% an illegal geschlossenen Ehen zustande gekommen. (RMRB, 12.11.1991)

Zuvor war bereits aus Tianjin bekannt geworden, daß das durchschnittliche Heiratsalter selbst nach der offiziellen Statistik dort in den letzten zehn Jahren um zwei Jahre gesunken ist. Paare, die mindestens 25 bzw. 23 Jahre alt sind - dies ist das offiziell angestrebte Mindest-Heiratsalter für Männer bzw. Frauen - machen in Tianjin nur noch 57,97% aller Neuverheirateten aus gegenüber 96% im Jahr 1980. (XNA, 31.10.1991)

Die genannten Mißstände und Entwicklungen gefährden natürlich die geburtenpolitischen Ziele. Für Tianjin wird durch die früher geschlossenen Ehen mit 40.000 zusätzlichen Geburten innerhalb der nächsten zehn Jahre gerechnet. -hws-

* (16)

Warnung vor religiöser Infiltration

In Changchun wurde auf einer Arbeitstagung der Provinzregierung von Jilin zum Thema Religion mysteriöse Warnungen ausgesprochen. Der Stellvertretende Provinzgouverneur, Zhang Yueqi, sprach von einer "ernsten Gefahr durch religiöse Infiltration seitens feindlicher Mächte außerhalb des Landes. Dies geschehe mit der Absicht politischer Subversion.

Einzelheiten wurden nicht genannt. So muß einstweilen offenbleiben, auf welche Phänomene sich diese Warnungen eigentlich beziehen. Sie sind freilich ein weiteres Indiz für eine tiefsitzende Furcht der Partei vor allem, was mit Religion zu tun hat, aber nicht mindestens ihrer indirekten Kontrolle untersteht. Die Arbeitstagung diene erkennbar einer Perfektionierung dieser Kontrolle. (Provinzradio Jilin, 25.11.1991, nach SWB, 29.11.1991) -hws-

* (17)

Anfänge für AIDS-Beratung

Erstmals hat in China ein Trainingsprogramm zur AIDS-Beratung stattgefunden. Gastgeber war das Nationale Institut für Gesundheitserziehung. Die Veranstaltung wurde unterstützt vom Gesundheitsministerium sowie von der WHO.

Offenbar ist China heute nicht mehr der Ansicht, AIDS sei nur ein Problem von Ausländern und die Seuche könne aus dem Lande ferngehalten werden. Zumindest hat bei den zuständigen Stellen ein Umdenkprozeß eingesetzt. So forderten chinesische Fachleute, daß China eine AIDS-Beratung einführen müsse, um das Wissen um die Seuche zu verbreiten. Angesichts der Tatsache, daß noch kein medizinischer Schutz möglich sei, sei dies der einzige Weg, AIDS zu bekämpfen. Die erwähnte Trainingsveranstaltung war hierzu ein erster Schritt. (CD, 20.11.1991) -hws-

* (18)

Seuchengefahr in den Überflutungsgebieten noch nicht gebannt

Neueste Meldungen sprechen für die Annahme, daß die bisherigen Erfolgsmeldungen aus den mittelchinesischen Gebieten, die von der sommerlichen Flutkatastrophe betroffen sind, geschönt waren. Laut Chen Minzhang, Minister für öffentliche Gesundheit, bleiben die Aufgaben der Seuchenkontrolle im kommenden Winter und Frühjahr sehr schwierig. Die Verwaltungsebenen wurden aufgerufen, in ihren Hilfsprogrammen mehr für die medizinische Versorgung zu tun. (Xinhua, chines., 22.11.1991, nach SWB, 26.11.1991)

Wie die *Frankfurter Allgemeine* meldete, seien einige Bezirke von den chinesischen Behörden abgeriegelt worden, um die weitere Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern. In Kanton müßten sich alle ausreisenden Chinesen gegen Cholera impfen lassen, offenbar damit niemand im Ausland erkrankte und so die unsichere Gesundheitssituation in China publik werde. (FAZ, 22.11.1991) -hws-

***(19)
Zentrale fordert zum Kampf gegen
Grabräuber auf**

Das Büro des Zentralkomitees und das Büro des Staatsrats haben in einem Rundschreiben sämtliche Verwaltungsebenen, das Militär aller Ebenen und die Volkskongresse aller Ebenen zum entschlossenen Kampf gegen Grabräuber aufgerufen. Zur Begründung wurde darauf verwiesen, daß die Grabräuberei in letzter Zeit dramatisch zugenommen habe. Ständig und in großem Ausmaß würden Gräber und andere historische Stätten beraubt. Dabei würden erhebliche Verwüstungen angerichtet. In manchen Gegenden sei mittlerweile kein Grab mehr unbeschädigt. Noch nie seit 1949 habe die Grabräuberei solche Ausmaße angenommen, und selbst in historischem Maßstab sei Ähnliches selten zu beklagen gewesen. Falls diese Verbrechen nicht umgehend gestoppt würden, entstünde am historischen Erbe nicht wiedergutzumachender Schaden.

Im einzelnen werden folgende fünf Punkte hervorgehoben: 1. Es müsse die Schädlichkeit der Grabräuberei erkannt und der Schutz des nationalen Erbes als dringende Aufgabe angesehen werden. 2. Es seien entschlossene Maßnahmen zu treffen, um rasch und mit der Schwere des Gesetzes gegen die Verbrechen vorzugehen. 3. Auf den verschiedenen Ebenen sei der Denkmalschutz zu verstärken und die Mithilfe der Massen zu erwirken. 4. Gesetze und Politik des Denkmalschutzes seien allgemein und gründlich bekanntzumachen; bei den breiten Massen seien die Kenntnisse um den Denkmalschutz zu vermehren. 5. Einheiten und Einzelpersonen, die sich um den Schutz nationaler Denkmäler verdient gemacht haben, seien zu belohnen und auszuzeichnen.

Die Begründungen zu diesen Punkten werfen zum Teil ein Licht auf die Hintergründe der Grabräuberei. So wird beklagt, daß es bei den leitenden Genossen mancherorts an Bewußtsein für den Denkmalschutz fehle. Eine Minderheit lege gegenüber den Vergehen sogar eine falsche Nachsicht an den Tag oder meine gar, Grabräuberei sei für die Massen eine mögliche Art, zu Wohlstand zu kommen. Zum Teil würden gefaßte Räuber viel zu milde bestraft und kämen mit Geld statt mit Gefängnisstrafen davon. Demnach darf

man wohl vermuten, daß in manchen Gegenden auch die Stellen von der Grabräuberei profitieren, die eigentlich für den Denkmalschutz zuständig sind. Erschwerend kommt hinzu, daß die Grabräuber - wie der Text erläutert - wiederum mit Hehlern und Schmugglern unter einer Decke stekken und mittlerweile regelrechte kriminelle Organisationen gebildet haben. Auch wird dazu aufgefordert, gegen den privaten Antiquitätenhandel vorzugehen, bei dem das geraubte Gut schließlich landet. In Schwerpunktgebieten sollen zur Bekämpfung der Grabräuberei und der damit verbundenen organisierten Kriminalität Sonderkommissionen eingerichtet werden. Um die historischen Stätten zu schützen, seien auf Kreis-, Gemeinde- und Dorfebene ferner einfache Bürger zu verpflichten, denen der Denkmalschutz am Herzen liegt. Deren Arbeit sei angemessen zu entlohnen. (RMRB, 5.11.1991)

Das juristische Rüstzeug gegen diese Verbrechenswelle war bereits im Juni verschärft worden. Damals hatte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses "Ergänzende Bestimmungen zur Bestrafung bei Raub von Kulturgütern und bei Grabraub" erlassen. Die beklagten Verbrechen waren auch der Hauptgrund für den jüngst ergangenen Beschluß des Staatlichen Büros für Museen und archäologisches Material, wonach alle Antiquitätenhandlungen des Landes Inventarlisten ihrer Waren erstellen müssen, eine umfangreiche Aufgabe, deren Abschluß erst in zwei bis drei Jahren erwartet wird (XNA, 19.11.1991).

Aus der Provinz Shanxi wurden Zahlen über das Ausmaß der Grabräuberei genannt. Seit 1988 wurden dort 463 alte Gräber beschädigt oder zerstört; 48 Räuberbanden konnten gefaßt und 1.486 antike Gegenstände sichergestellt werden. (XNA, 8.11.1991) -hws-

Außenwirtschaft

***(20)
Deutsch-chinesische Wirtschaftsge-
spräche in Beijing**

Anfang November fand in Beijing die 7. Sitzung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses statt. Die deutsche Delegation wurde von Bun-

deswirtschaftsminister Jürgen Möllemann geleitet, der eine verstärkte Zusammenarbeit beider Länder in Bereichen wie Energieeinsparung und Umweltschutz anbot. Allerdings würde der Umfang der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit auch von den Gesamtbeziehungen Chinas zum Westen und ebenso von der Frage der Menschenrechte abhängen. Unter Berücksichtigung der hohen deutschen Defizite im Handel mit China hob Möllemann weiter die Notwendigkeit einer Steigerung der deutschen Exporte hervor.

Im Hinblick auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung Chinas plädierte der Bundeswirtschaftsminister für die Ausweitung der marktwirtschaftlichen Elemente im städtischen Industriesektor. Im außenwirtschaftlichen Bereich müßte China den Handel weiter liberalisieren und den Außenhandelsgesellschaften direkten Zugang zum Markt ermöglichen, um auch die Bedingungen für die Aufnahme in das GATT zu erfüllen. (HB, 5.11.91)

Der chinesische Außenhandelsminister Li Lanqing kündigte eine Lockerung der restriktiven Einfuhrpolitik sowie den erneuten Besuch einer Einkaufsdelegation im kommenden Jahr an. Weiterhin wurde den deutschen Gästen eine Projektliste mit Schwerpunkten in der Landwirtschaft, im Verkehrs- und Energiewesen sowie in der Stahlerzeugung und Chemieindustrie mit der Bitte um entsprechende Angebote überreicht. (HB, 6.11.u.8./9.11.91)

Insgesamt wurde die Wiederaufnahme der offiziellen Wirtschaftsgespräche im Rahmen des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses von beiden Delegationen als Anfang für eine Normalisierung der Beziehungen bewertet. Dies sei nach Aussagen von Otto Wolff von Amerongen, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, auch unter Berücksichtigung der zunehmenden Bedeutung Chinas in der dynamischen asiatischen Wirtschaftsregion erforderlich. Wolff zufolge ist der Rückgang der deutschen Exporte nicht als Diskriminierung bundesrepublikanischer Produkte zu bewerten, sondern erfolgte im Rahmen eines allgemeinen chinesischen Importstopps für ausländische Produkte, um Devisen einzusparen. Außerdem hätte das Fehlen einer Absicherung durch Hermes-Bürgschaften einen negativen Einfluß aus-